

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 34. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Mittwoch, dem 31. Mai 2017

1. Abgeordnete

Hans Jürgen Noss,
Wolfgang Schwarz und
Michael Hüttner (SPD)

Sicherheit bei Großveranstaltungen in Rheinland-Pfalz

Die schrecklichen Ereignisse der letzten Woche, bei denen bei einem Anschlag auf eine Konzertveranstaltung im englischen Manchester viele unschuldige Menschen getötet oder verletzt worden sind, rufen erneut ins Gedächtnis, dass gerade Großveranstaltungen in Zeiten des islamistischen Terrors als abstrakt besonders gefährdet gelten müssen.

Das öffentliche Leben in Rheinland-Pfalz ist an vielen Stellen im Land von öffentlichen Großveranstaltungen geprägt: So findet vom 2. bis zum 4. Juni 2017 das Musikfestival „Rock am Ring“ am Nürburgring statt. Zeitgleich und bis zum Ende des Sommers feiern die Orte in den Weinregionen nach und nach ihre traditionellen Weinfeste. Nicht zuletzt ist Rheinland-Pfalz in diesem Jahr Ausrichter des Tags der Deutschen Einheit am 3. Oktober in Mainz.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Akteure sind an der Konzeption und Umsetzung von Sicherheitskonzepten für öffentliche Großveranstaltungen beteiligt?
2. Welchen konkreten Beitrag leistet dabei die Landesregierung?
3. Wie wird bei der Vorbereitung des Festivals „Rock am Ring“ vor dem Hintergrund der abstrakten Gefährdungslage vorgegangen?
4. Hat die Landesregierung Hinweise darauf, dass die Sicherheitslage in unserem Land vor dem Hintergrund des erneuten Anschlags auf ein Konzert anders als bisher zu bewerten wäre?

2. Abgeordnete

Hans-Josef Bracht und
Adolf Kessel (CDU)

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – Zahlungen für das Jahr 2016

Die Landesregierung hat in der Antwort auf die Kleine Anfrage Drucksache 17/2889 mitgeteilt, dass die 5 Millionen Euro, die den rheinland-pfälzischen Jugendämtern im Jahr 2016 erstattet wurden, nicht separat aus der Datenbank für das Jahr 2016 ausgewiesen werden können (vgl. auch Drucksache 17/2785). Derzeit werde eine Datenbank programmiert, sodass eine Aufstellung erst im Laufe des Jahres zur Verfügung stehen werde.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen ist der Landesregierung eine manuelle Auswertung nicht möglich?
2. Trifft es zu, dass die Landesregierung, ausgehend von ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage, derzeit nicht in der Lage ist nachzuvollziehen, welche Zahlungen sie im Jahr 2016 an die verschiedenen Kreisjugendämter geleistet hat?
3. Falls ja, ist dies nach Auffassung der Landesregierung vereinbar mit geltenden Dokumentationspflichten und den Vorschriften der Landeshaushaltsordnung?

3. Abgeordneter Joachim Paul (AfD)

Stellenwert der Inklusion

Der Landesverband Bildung und Erziehung (VBE) kritisierte laut Rheinpfalz vom 2. Mai 2017 die praktische Umsetzung der Inklusion an den Grundschulen, weil die Rahmenbedingungen nicht angemessen seien. Der VBE behauptet, die Inklusion befinde sich in einem „reinen Versuchsstadium“.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie ist die Aussage der Landesregierung vom 31. Januar 2017 – getätigt auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion *) – „Inklusiver Unterricht mit entsprechendem Qualitätsanspruch gelinge gut“ mit der Kritik des Landesverbandes Bildung und Erziehung (VBE) in der Rheinpfalz vom 2. Mai 2017 – die Inklusion befinde sich in einem „reinen Versuchsstadium“ – vereinbar?
2. Wird an der Aussage vom 31. Januar 2017 – getätigt auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion *) – festgehalten, die Schulbehörde müsse „auf eine entsprechende Korrektur“ hinwirken, wenn Schwerpunktschulen eine bessere Förderungsmöglichkeit erkennen, indem sie in einigen Fächern alle Förderkinder einer Klassenstufe gemeinsam von einer Förderlehrerin unterrichten, getrennt von den anderen Schülern?
3. Werden die Förderschulen für einen unverzichtbaren Teil des rheinland-pfälzischen Bildungssystems gehalten?
4. Wird die Auffassung vertreten, dass die UN-Konvention „Übereinkunft über die Rechte von Menschen mit Behinderung“ den inklusiven Unterricht zwingend vorschreibt und damit implizit der Auffassung widersprochen, dass durch die Förderschulen ein Förderwesen entstanden sei, das weltweit Vorbildfunktion genießt?

4. Abgeordnete Marco Weber und Helga Lerch (FDP)

eAntrag zur Agrarförderung

Die Europäische Kommission hat verbindlich vorgeschrieben, dass ab dem Jahr 2018 die Antragstellung zur flächenbezogenen Agrarförderung nur noch in elektronischer Form erfolgen kann. Für das Jahr 2017 gibt die Europäische Kommission eine Quote von mindestens 75 Prozent der beihilfefähigen Fläche verbindlich vor.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den Ablauf des Antragsverfahrens?
2. Wie viele Anträge sind bis zum Stichtag in elektronischer Form und in Papierform eingegangen?
3. Wie wurde das Angebot einer elektronischen Antragstellung generell von den Landwirtinnen und Landwirten angenommen?

5. Abgeordneter Andreas Hartenfels (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zwei Jahre Nationalpark Hunsrück-Hochwald

Die Eröffnung des Nationalparks Hunsrück-Hochwald hat sich am 24. Mai 2017 bereits zum zweiten Mal gejäht. Mit der Gründung des Nationalparks wurde ein Entwicklungsprozess eingeleitet, der noch mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. In diesem Zeitraum bildet sich nicht nur der Park mit seinen Wäldern und Mooren wieder schrittweise zu unberührter Wildnis zurück, auch die gesamte Nationalparkregion wurde durch zahlreiche Initiativen weiterentwickelt. Schon jetzt leistet der Nationalpark einen wichtigen Beitrag für den Schutz der Biodiversität und setzt Impulse für die Entwicklung der Region.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Bilanz zieht die Landesregierung nach zwei Jahren Nationalpark Hunsrück-Hochwald?
2. Welche Maßnahmen und Projekte werden im Nationalpark und in der Nationalparkregion in Zukunft angedacht?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Akzeptanz des Nationalparks vor Ort sowie die Bedürfnisse der Kommunen in der Region aus dem gemeinsamen Gespräch des Ministerrats mit den Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Chancen für ein Mobilitätskonzept in der Nationalparkregion mit dem Schwerpunkt E-Mobilität vor dem Hintergrund des Null-Emission-Mobilitätszentrums am Umweltcampus Birkenfeld?

*) Hinweis der Landtagsverwaltung:
Vgl. Drucksache 17/2157.

6. AbgeordneteChristian Baldauf und
Alexander Licht (CDU)**Hahn-Verkaufsverfahren: Erkennbarkeit der chinesischen Bankbelege als Fälschungen**

Einem im Auftrag des Landesrechnungshofs erstellten Gutachten von Freshfields zufolge ergaben sich bei von der SYT vorgelegten Bankbelegen auf den ersten Blick Auffälligkeiten. Demgegenüber hat die Landesregierung wiederholt – zuletzt in der Sitzung des Innenausschusses am 11. Mai 2017 und in der Sitzung des Rechtsausschusses am 24. Mai 2017 – behauptet, es sei schwer gewesen zu klären, dass es sich bei den von der SYT vorgelegten Bankbelegen um Fälschungen gehandelt habe. Als Beleg für diese Behauptung führt sie an, dass es viele Monate gedauert habe, eine entsprechende schriftliche Bestätigung über den Diplomatischen Dienst zu bekommen. Der Innenstaatssekretär habe mit Schreiben vom 11. August 2016 das Auswärtige Amt um diese schriftliche Bestätigung gebeten (vgl. Drucksache 17/1548).

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. An welchem Tag leitete das Auswärtige Amt nach Kenntnis der Landesregierung die entsprechende Bitte der Landesregierung vom 11. August 2016 an das Deutsche Generalkonsulat weiter?
2. An welchem Tag teilte die Bank of China dem Deutschen Generalkonsulat nach Kenntnis der Landesregierung mit, dass die Dokumente der Firma SYT nicht echt waren?
3. An welchem Tag bestätigte die China Construction Bank nach Kenntnis der Landesregierung dem deutschen Generalkonsulat, dass das Konto der SYT nicht existierte?

7. AbgeordneteBettina Brück und
Giorgina Kazungu-Haß
(SPD)**U3-Betreuungssituation an Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz**

Den Medien war in der vorletzten Woche unter Berufung auf Zahlen des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zu entnehmen, dass in Deutschland insbesondere Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren fehlen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist die Entwicklung der U3-Betreuungsplätze in den letzten fünf Jahren in Rheinland-Pfalz?
2. Wie stellt sich die Situation in Rheinland-Pfalz heute dar (Betreuungs- und Versorgungsquote)?
3. Welche Gründe sieht die Landesregierung für die starke Nachfrage nach Plätzen insbesondere für unter 3-jährige Kinder?
4. Wie bewertet die Landesregierung den weiteren Ausbaubedarf bei den U3-Betreuungsplätzen?

8. AbgeordneteMarco Weber und
Helga Lerch (FDP)**Weiterentwicklung des Entwicklungsprogramms EULLE**

Ziel des Entwicklungsprogramms EULLE ist es, eine multifunktionale, nachhaltige und wettbewerbsfähige Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft und eine integriert-nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume zu unterstützen.

Angesichts der zunehmenden Herausforderungen im Agrarbereich besteht allerdings zunehmend Bedarf, die ursprüngliche Ausrichtung des Programms mit seinem beachtlichen Finanzvolumen von 662 Mio. Euro an die veränderten Rahmen- und Marktbedingungen anzupassen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung zur Halbzeit der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 den Anpassungsbedarf des Programms, um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Landwirtschaft und Weinbau sicherzustellen?
2. Mit welchen Maßnahmen und darauf fußenden strategischen Änderungen des Entwicklungsprogramms EULLE beabsichtigt die Landesregierung – vorbehaltlich der Zustimmung des zuständigen Begleitausschusses – die Investitionsförderung im Agrarbereich zu verbessern?
3. Sieht die Landesregierung in diesem Jahr neue Antragsverfahren im Bereich der Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen vor?
4. Trifft die Landesregierung im Falle einer eventuellen Anpassung des EULLE-Entwicklungsprogramms Maßnahmen zur Bürokratieentlastung?

9. Abgeordnete**Jutta Blatzheim-Roegler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Untersuchungsbericht zur Zugentgleisung in Lorch am 9. Juni 2013**

Fast vier Jahre nach dem Zugunglück zwischen Lorch und Rüdesheim berichtete der SWR am 4. Mai 2017 über das Ergebnis des jüngst veröffentlichten Untersuchungsberichts des Eisenbahn-Bundesamtes zu dem Unfall.

Die Ursache für die Entgleisung des Autotransportwaggons ist demnach auf mehrere kurz hintereinander liegende Gleislagefehler in der Längshöhe zurückzuführen, deren Entstehung auf eine nicht beziehungsweise eingeschränkt funktionierende Entwässerung des Gleiskörpers und folglich auf eine abschnittsweise verminderte Tragfähigkeit des Gleisunterbaus zurückzuführen ist.

Der Bericht erklärt weiterhin, dass es sowohl keinen technischen Platz für die flach verlegte Tiefenentwässerung gab als auch keine separaten Inspektionen am Bahnkörper durchgeführt wurden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung seit der Veröffentlichung des Gutachtens Gespräche mit der Deutschen Bahn AG geführt?
2. Falls ja, welche Vereinbarungen wurden in den Gesprächen getroffen?
3. Welche Reparaturen wurden seit dem Unfalldatum durch die Deutsche Bahn AG vorgenommen?
4. Welche Reparaturen, Sanierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen müssten aus Sicht der Landesregierung durch die Deutsche Bahn AG entlang der Strecke, insbesondere an gefährlichen Gleislagen, aktuell vorgenommen werden?

10. Abgeordnete**Alexander Licht,
Christian Baldauf und
Gabriele Wieland (CDU)****Ausstehende Projekte im Landesstraßenbauprogramm**

Wie der Presse zu entnehmen war, hat sich Staatssekretär Andy Becht im Zuge der Bewertung des Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtags zum Bau der Mittelrheinbrücke zu 400 noch ausstehenden Straßenbauprojekten des Landes geäußert.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Projekte beinhaltet die genannte Anzahl von 400?
2. In welcher Reihenfolge und nach welcher Priorisierung werden diese Projekte realisiert?
3. Welche Bedeutung hat in der Festlegung der Vorgehensweise der von der Landesregierung angekündigte Mobilitäts-Kompromiss mit breiter Beteiligung vieler Akteure?

11. Abgeordnete**Dorothea Schäfer und
Marion Schneid (CDU)****Drittmittleinwerbung an rheinland-pfälzischen Hochschulen**

Das Statistische Landesamt hat am 23. Mai 2017 die neuen Daten zur Drittmittleinwerbung der rheinland-pfälzischen Hochschulen veröffentlicht.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie erklärt die Landesregierung, dass angesichts der sinkenden Drittmittleinwerbungen der Universitätsmedizin Mainz die Landesmittel für Forschung und Lehre für die Universitätsmedizin weiter sinken sollen?
2. Wie erklärt die Landesregierung, dass Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich die niedrigste Drittmittleinwerbung je Professor aufweist?
3. Wie erklärt die Landesregierung die sehr unterschiedlichen Ergebnisse der verschiedenen Hochschulen in Fragen der Drittmittleinwerbung?
4. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Forschungsintensität und den Wissenstransfer an den rheinland-pfälzischen Hochschulen in den kommenden Jahren signifikant zu steigern?